

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Feuersäulen über dem Meer.

Erdbebenkatastrophe am Schwarzen Meer.

Aus Moskau wird gemeldet, daß bei Cherson neue Erdstöße verspürt worden sind. 40 Häuser sind eingestürzt. Die Halbinsel Kijitsch auf der Krim ist im Meer verschwunden. Die Bevölkerung der nördlichen Schwarzmeerküste flüchtete landeinwärts. Nur stellenweise sind Truppen zum Schutze der abgehenden Züge herangezogen worden. Bei Bakawa ist eine Kajette eingestürzt. 15 Soldaten sind unter den Trümmern begraben worden. Auch deutsche Kolonisten haben durch die Erdbeben gelitten.

Gestern früh zwischen 10 und 11 Uhr wurden in Simferopol und Sebastopol wiederum Erdstöße verzeichnet, die geringfügige Zerstörungen verursachten. In Cospi bei Sebastopol stürzte der Elisasien ab. Es wurde festgestellt, daß die während des Erdbebens über dem Wasserspiegel zwischen Sebastopol und dem Kap Lukull erschienenen Feuersäulen auf einen großen Einsenkung des Meeresgrundes zurückzuführen sind. Die infolge des Einsturzes hervorbrechenden Gase entzündeten sich bei ihrer Verbindung mit der Luft und bildeten vom Ufer aus sichtbare Feuersäulen und Rauchwolken.

Von der Insel Sachalin wird ebenfalls ein Erdbeben gemeldet, das bis zu sechs Minuten andauerte. Einzelheiten fehlen noch.

Moskau, 17. September.

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rangau hat Uchitscherin sein Beileid aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe auf der Krim ausgesprochen.

Seebeben in Japan.

In der Ariatebucht bei der Insel Kjuschu hat sich ein Seebeben ereignet, bei dem 114 Schiffe gesunken bzw. schwer beschädigt

worden sein sollen. 70 Personen sollen den Tod in den Wellen gefunden haben. Wie ferner gemeldet wird, soll der auf der Fahrt von Kamschatka nach Japan befindliche japanische Dampfer „Wasung“ mit 600 Personen an Bord gesunken sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch noch nicht vor.

Ein gescheitertes Wagnis

... und ein vernünftiger Entschluß: Die irischen Ozeanflieger brechen den Flug ab.

London, 17. September.

Die beiden Ozeanflieger, Kapitän Mac Intosh und Kommandant Fihaurice, die gestern nachmittag zum Fluge nach New York gestartet waren, sind infolge ungünstiger Wetterverhältnisse in den späten Abendstunden zurückgekehrt und in Ballshannon in der Grafschaft Kerry glatt gelandet. Die Rückkehr der Flieger wurde offenbar durch den schweren Sturm erzwungen, der über Irland herrschte.

Die Flieger hatten zunächst die Richtung nach Galway in West-Irland eingeschlagen, das um 15.30 Uhr erreicht wurde. Von dort nahmen sie Zirkelfahrt, wurden um 16 Uhr über den Aran-Inseln, etwa 35 Meilen westlich von Galway und gegen 18 Uhr über Blutton gestrichelt. Kurz nach 19 Uhr befand sich das Flugzeug über Carrigaholt, 55 Meilen südwestlich von Galway. Die beiden Piloten sind unverletzt, die Maschine ist intakt.

Brock und Schlee nach Amerika abgereist.

Toska, 17. September.

Die amerikanischen Weltflieger Brock und Schlee sind an Bord des japanischen Dampfers „Korea Maru“ nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Der Andrang am Berliner Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitsuchenden unter 150 000 gesunken.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt haben sich nach dem Bericht des Landesarbeitsamts die Beschäftigungsverhältnisse weiter gebessert. Zahlenmäßig tritt diese Besserung allerdings nicht in so hohem Maße in Erscheinung wie in der Vormoche. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beträgt rund 2870 Personen, so daß sich der gegenwärtige Stand auf 147 430 Personen beläuft. Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften zur vorübergehenden Beschäftigung in der Herbstharnte führte zu einem erhöhten Abbruch. Hauptsächlich blieben an den Vermittlungsergebnissen jedoch wiederum die Metall- und Holzindustrie beteiligt. Der gute Beschäftigungsgrad in der Konfektion hat gleichfalls weiter angehalten. Auch das Baugewerbe bot im allgemeinen gute Beschäftigungen. Ein Rückgang der Vermittlungsmöglichkeit ist im Berufsfeld der Kaufleute und Gastwirtschaften zu verzeichnen. Für kaufmännische und Bureauangestellte ist zwar ein erhöhter Zugang festzustellen, jedoch überwiegt bei den männlichen Kräften bei guter Vermittlungstätigkeit der Abgang. Bei den weiblichen Kräften ist eine Reigung zur Verschlechterung vorherrschend geblieben. Durch den lebhaften Kräftebedarf der Metall- und Holzindustrie wurden auch Ingenieure, Techniker und Werkmeister in größerer Anzahl abgefordert.

Es waren 147 430 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 150 306 der Vormoche. Darunter befanden sich 99 710 (101 715) männliche und 47 720 (48 591) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 44 588 (45 964) männliche und 17 596 (18 537) weibliche, insgesamt 62 184 (64 501) Personen. Außerdem wurden noch 22 882 (24 020) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 20 871 (21 862) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Rotstandsarbeiten wurden 4624 (4715) Personen beschäftigt.

Die Befoldungsreform.

Noch keine Veröffentlichung der Vorlage.

Der umfangreiche und komplizierte Text des Gesetzentwurfs zur Erhöhung der Beamtengehälter ist noch nicht fertiggestellt, kann darum noch nicht veröffentlicht werden. Die Behauptung des Pariser „Matin“, daß der Reparationsagent gegen die Befoldungsreform protestiert habe, wird amtlich dementiert, u. a. auch mit dem Hinweis, daß Parker Gilbert seit Wochen im Ausland ist und die Vorlage auch schon, weil sie noch nicht fertig ist, bisher nicht kenne.

Der rumänisch-ungarische Konflikt.

Der neue Rat tagt.

Genf, 17. September.

In der Geheim Sitzung, mit der die 37. Ratstagung heute eröffnet wurde, erklärte das chinesische Ratsmitglied Wang, daß er nach dem Beispiel Dr. Stresemanns im vorigen Jahr darauf verzichte, den alphabetisch ihm zustehenden Vorsitz zu übernehmen und den bisherigen Vorsitzenden Villegas bitte, die Tagung weiter zu leiten, er werde dann im Dezember den Vorsitz des Rates übernehmen. Sodann begrüßte der Vorsitzende die neu eingetretenen Ratsmitglieder, den kubanischen Gesandten in Berlin,

de Aguero y Betancourt, den finnischen Minister des Aeußern Boianoo und den kanadischen Staatsminister Dandurand.

Nach Genehmigung der Tagesordnung für die neue Session beantragte Chamberlain die Ablehnung des englischen Antrages auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Rats tagungen von vier auf drei auf die Dezember tagung. Der Rat beschloß dementsprechend und nahm auch die Vertagung des Salamisalles bis Dezember in Aussicht, falls die Tagesordnung die Erledigung in der jetzigen Tagung nicht mehr gestattet.

In der anschließenden öffentlichen Sitzung begann der Rat zunächst mit der Behandlung des rumänisch-ungarischen Optantenstreitfalles, dessen Erledigung durch eine Verständigung zwischen den zwei Parteien angestrebt wird und derzufolge der Rat Rumänien auffordert, seinen aus dem ungarisch-rumänischen Schiedsgericht zurückgezogenen Schiedsrichter wieder in das Schiedsgericht zu entsenden. Gleichzeitig sollen beide Parteien folgende drei Grundsätze bei der Behandlung von Optantenstreitfällen berücksichtigen: 1. Die Bestimmungen des Schiedsvertrages von Trianon schließen keineswegs die Durchführung einer allgemeinen Agrarreform in Rumänien unter Einschluß der ungarischen Staatsangehörigen aus. 2. Weder im Wortlaut noch in der Anwendung einer solchen Agrarreform darf irgendeine Ungleichheit zwischen Ungarn und Rumänien bestehen.

Mandatskritik.

Genf, 17. September.

Im politischen Ausschuss der Völkerbundsversammlung nahm der norwegische Delegierte Ranlen zum Tätigkeitsbericht des ständigen Mandatsausschusses des Völkerbundes Stellung. Er erbat Auskunft darüber, warum eine Reihe von Bescheidenschriften dem ständigen Ausschuss nicht zugegangen seien, und betonte dabei die Notwendigkeit des Peltionswesens bei der Verwaltung der Mandatsgebiete. Weiter verwies er auf den Mißbrauch der im Handel mit geistigen Getränken an Eingeborene im wachsenden Maße getrieben werde. Ranlen streifte ferner andere Mandatsfragen, darunter die jüngsten Vorkommnisse in Samoa. Er plädierte zum Schluß für weitestehende Öffentlichkeit der Arbeiten des Mandatsausschusses und legte Verwahrung gegen eine aus Ersparnisgründen beabsichtigte Kürzung der Veröffentlichungen ein.

Der Vertreter Neuseelands sprach die Bereitschaft aus, den Wünschen Ranlens in bezug auf die Aufklärung der Zwischenfälle in Samoa zu entsprechen. Der Oberkommissar für Südafrika Smith begrüßte seinerseits den Eintritt eines deutschen Mitgliedes in den Mandatsausschuss, insbesondere mit Rücksicht auf die ehemals deutschen Gebiete. Der Holländer Van Rees, Vizepräsident des ständigen Mandatsausschusses, sagte die Berücksichtigung der von Ranlen ausgesprochenen Wünsche zu und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die von Ranlen erwähnten Bescheidenschriften bereits bei der nächsten Tagung des Mandatsausschusses im Oktober vorliegen werden.

Ritischs Kometenbohn. Zwischen den sächsischen „Altszialisten“ ist es zu heftigen Differenzen gekommen, deren Ursache die rechtsnationalistische Einstellung Ritischs bildet. Ritischs Rechtsentwicklung ist soweit gediehen, daß er in einem eigenen Blatt, dem „Widerstand“, Stresemanns Verständigungspolitik bekämpft. Der Landesvorstand der Altszialisten hat Ritisch aufgefordert, die Verbindung zu diesem Blatt zu lösen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erblickt darin einen Sieg der Elemente in der USPD, die eine Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratie anstreben.

Gewerkschaftliche Konzentration.

Berschmelzungspläne in der Lebensmittelindustrie.

Von Friedrich Eckhorn.

Seit dem Jahre 1919 ist die Anzahl der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände durch engeren Zusammenschluß von 52 auf 38 zurückgegangen. Von diesen 38 Verbänden sind etwa 13 als Industrieorganisationen anzusprechen, 11 als Branchenorganisationen (weil aus der Verbindung mit einem oder mehreren verwandten Berufsverbänden entstanden) und nur noch 14 als reine Berufsverbände, denen jedoch fast durchweg auch die Hilfsarbeiter angehören, soweit solche in dem betreffenden Beruf tätig sind. Die Entwicklung ist mit diesem Stande noch längst nicht abgeschlossen. Drei Industrieverbände sind auf dem Wege zur Bildung einer einheitlichen Organisation des Verkehrsgewerbes sowie der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, zwei Berufsverbände betreiben den Anschluß an ihre Industrieorganisation und vier Verbände der Lebens- und Genussmittelindustrie stehen jetzt vor ihrem Zusammenschluß.

In der Woche vom 19. bis 25. September tagen in Leipzig die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Berufsgenossen sowie der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter. Sie werden zunächst unter sich und dann gemeinsam über die Zusammenlegung ihrer Organisationen zu einem einheitlichen Verbande entscheiden. Für den Konzentrationsprozeß, der sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vollzieht und der durch die Verhandlungen des Breslauer Gewerkschaftskongresses einen starken Impuls bekam, bedeutet diese Zusammenlegung einen großen Schritt vorwärts.

Die vier Verbände sind längst nicht mehr reine Berufsorganisationen gelernter Arbeiter. Dem früheren Brauereiarbeiterverband hat sich der Verband der Mühlenarbeiter angeschlossen und der so zusammengelegte Verband umfaßt außer den in der Brauerei und Mühlenindustrie beschäftigten gelernten und ungelerten Arbeitern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Spiritindustrie. Mit dem früheren Verbande der Bäcker hat sich der Verband der Konditoren verschmolzen und der gemeinsame Verband hat nicht nur auch die ungelerten Arbeiter in den Brotfabriken erfasst, sondern darüber hinaus die Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten Süßwarenindustrie, den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken und den Keksfabriken.

Die fortschreitende Industrialisierung auch im Fleischergewerbe brachte es mit sich, daß der Verband der Fleischer sein Organisationsgebiet auf die in den Fleischwaren- und Würstfabriken beschäftigten Hilfskräfte ausdehnte. Der Böttcherverband kann in gewissem Sinne als erste Vorstufe zum Industrieverband gelten, da er seit 42 Jahren außer den Böttchern, den Fassmachern, auch die Weinküfer und deren Hilfsarbeiter umfaßt. Da zwei Drittel seiner Mitglieder in der Getränkeindustrie beschäftigt sind, liegt keine Verschmelzung mit dem Verbande der Lebensmittel- und Getränkearbeiter besonders nahe, die dem auch höchstwahrscheinlich selbst dann erfolgen wird, wenn es zu einer allgemeinen Verschmelzung der vier Verbände wider Erwarten diesmal noch nicht kommen sollte.

Es ist nicht müßig, diese Einschränkung zu machen, da sowohl im Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband wie auch im Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband sich starke Strömungen gegen die Verschmelzung bemerkbar machen. Gewiß liegt kein unmittelbarer Zwang zum Zusammenschluß dieser Verbände vor. Beide sind mit ihren 60 000 bzw. 70 000 Mitgliedern so gestellt, daß sie auch für sich weiter bestehen können. Allein die Gründe, die von den Begnern der Verschmelzung im Laufe der seit Monaten in den Verbandsorganen geführten Diskussionen vorgebracht wurden, sind keineswegs von prinzipieller Bedeutung, sondern mehr untergeordneter, teilweise recht kleinlicher Art.

Es ist menschlich begreiflich, wenn Gewerkschaftsmitgliedern, die seit drei und vier Jahrzehnten ihrer Organisation angehören, die sie mitgeschaffen und in der sie unablässig gewirkt haben, ihrem Verbande traditionell verbunden sind und nichts davon wissen wollen, daß nun ihr Verband in einer größeren Einheitsorganisation mit anderen Verbänden aufgehen soll. Sie klammern sich an Neugierlichkeiten, berechnen, ob sie künftig ein paar Pfennige Beitrag mehr oder weniger zu zahlen haben, ob die im Statutentwurf für die neu zu schaffende Einheitsorganisation vorgesehenen Unterstützungen in dem einen oder anderen Falle etwas geringer sind als die bisherigen Sätze ihres Verbandes und glauben sich dem Zuge der Entwicklung in den Weg stellen zu können.

Berschmelzung nur um der Verschmelzung willen, ohne Rücksicht darauf, ob die notwendigsten Voraussetzungen dafür gegeben sind, wäre gewiß verkehrt. Davon kann jedoch in diesem Falle die Rede nicht sein. Der Gedanke des Zusammengehens ist in den beteiligten Verbänden schon seit vielen Jahren erörtert worden, und der jetzt vorliegende Plan ist die Frucht eingehender Verhandlungen und pflichtbewußter Vorbereitungen.

Wohl weisen auch die Unternehmerorganisationen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie noch eine ganze Reihe einzelner Reichsverbände auf: sieben in der Mühlenindustrie, sieben Reichsverbände der Bäckerei,

Baumwaren- und Teigwarenindustrie, zwölf Reichsverbände der Zucker-, Zuckerwaren-, Kakao- und Schokoladenindustrie, fünf Reichsverbände der Fischerei- und Fleischwarenindustrie und einer der Fischindustriellen, zehn Verbände der Mollerei- und der Margarineindustrie, elf der Obst- und Gemüsekonserven-, der Marmeladen- und Konfitürenindustrie, fünf der Kaffeerösterei- und Kaffee-Erzeugnisseindustrie, acht Reichsverbände der Brauereien und Mälzereien, während die Gruppe Wein, Branntwein, Mineralwasser und dergl. in dreiundzwanzig Reichsverbänden vereinigt ist. Allein diese ganzen Reichsverbände sind im Reichsverband der deutschen Industrie, und zwar in den Fachgruppen Nahrungsmittel und Genussmittel, Zucker und Nährmittel, Brauerei, Mälzerei und Müllerei in enger Gemeinschaft verbunden. In der ersterwähnten Fachgruppe finden wir auch die Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie. Außerdem besteht eine Spitzenorganisation der Unternehmer in dem Bunde Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und Händler.

Schon die große Aufzählung dieser Unternehmerverbände vermittelt einen Begriff von der Größe des Gebietes der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, dessen gewerkschaftliche Bearbeitung durch mehrere Verbände leicht zu Grenzstreitigkeiten führt, die einer gemeinsamen Industrieorganisation erspart bleiben. Bedeutet die Zusammenfassung der über 150 000 Mitglieder der vier Verbände auch keinen unmittelbaren Mitgliedererwerb, so ist doch zweifellos, daß sie auf die Unorganisierten eine stärkere Anziehungskraft ausüben wird. Die Verbände versprechen sich mit Recht auch eine größere Schlagkraft von der Einheitsorganisation. Darauf kommt es an!

Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn die Verbandstage sich bei der Erörterung des Verschmelzungsplanes von den großen Gesichtspunkten leiten ließen, die für seine richtige Beurteilung unentbehrlich sind. Der Breslauer Gewerkschaftskongress hat den Weg gewiesen, die Vorbereitungen sind getroffen und die Schaffung des Industrieverbandes der Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist spruchreif.

Run ans Werk!

Kurz, aber grob.

„Kreuzzeitung“ gegen „Germania“.

Auf die Bekehrungen der „Germania“ über die deutsch-nationalen Ausschreitungen erwidert die „Kreuzzeitung“ in äußerst unwirlichem Tone:

Die „Germania“ sucht in ihrer auf verkehrten Auslegungen aufgebauten Verteidigung der „Reichsliste“ jetzt Hilfe in der Reichstagsfraktion des Zentrums selbst. Sie läßt sich von dort einen Artikel schreiben, der sachlich nichts neues bietet. Wir beschränken uns daher auf einige Worte: Erstens scheint dem betreffenden Reichstagsabgeordneten unbekannt zu sein, daß die „Kreuzzeitung“ immer das Organ der Deutschkonfessionen gewesen ist. Es war also selbstverständlich, daß sie das „Manifest der Deutschkonfessionellen Partei“ veröffentlichte, ebenso selbstverständlich auch, daß sie es kommentierte und sich danach richtete.

Zweitens aber gehört einige Kühnheit dazu, die Tatsache eines terroristischen Feldzuges gegen Schwarzweißrot zu bestreiten. Wenn der Auftrag von einer „Schwemmel“ der Deutschnationalen in der Flaggfrage spricht, so ist sie nicht vorhanden. Denn die Stellung dieser Partei zu den alten Farben ist immer dieselbe gewesen. Aber die unerhörten Angriffe gegen sie haben ganz selbstverständlich die Situation verschärft.

Das heißt kurz und schlicht: Wir denken gar nicht daran, unsere Tonart gegen die Verfassung und Reichsflagge irgendwie zu ändern und unserer Schimpfplust Zügel anzulegen. Daß die „Kreuzzeitung“ dabei ein diplomatisches Doppelspiel treibt und je nach Bedarf deutschkonfessionell oder deutschnational ist, während bekanntlich der Herausgeber der „Kreuzzeitung“, Graf Westarp, gleichzeitig Vorsitzender und

erster Sprecher der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist, verstärkt nur den Eindruck des Hohnes und der junferlichen Annahme dieser Antwort. Aber vom Zentrum sind ja zurzeit mehr als papierne Proteste kaum zu erwarten.

Ihre Prominenz Hermine.

Wer niemals einen Thron besaß, der hat bekanntlich auch kein Recht, sich als Landesfürst zu fühlen. Darum wird des greisen Wilhelm von Doorn zweite Frau selbst in reaktionären monarchistischen Kreisen nicht für voll angesehen. Um so erstaunter war man, als man hörte, daß der beamtete Vertreter der Reichsbahn in Kissingen der Hermine einen offiziellen Empfang bereite. War dieses Reichsbahnamtmannchen zu sehr von der „hohen Sonne“ überstrahlt, das beinahe kaiserliche Kleinod ehren zu dürfen, mag es andere Gründe gehabt haben — kurz, es gab schlechte Leute, die solchen Byzantinismus eines republikanischen Beamten unwürdig fanden und sich beschwerten. Die Reichsbahndirektion Würzburg erteilte folgenden Bescheid:

„Reichsbahnamtmann Bayer hatte zwar von der Reichsbahndirektion keinen Auftrag, wir billigen es aber durchaus, wenn die Vorstände wichtiger Bahnhöfe, zu denen der des Weltbahnhofs Kissingen ohne Zweifel zählt, prominenten Persönlichkeiten im richtig verstandenen Interesse der Reichsbahn besondere Aufmerksamkeit erweisen.“

Also Hermine ist eine Prominenz, der selbst Reichsbahngewaltige die schuldige „besondere Aufmerksamkeit“ zu erweisen haben. Vor derartig prominenten Persönlichkeiten vergißt selbst bayerische Eigenart ihre bekannte Abneigung gegen das Hohenzollernhaus.

Die republikanische Beschwerdestelle für Bayern hat sich nun an die Gruppenverwaltung München der Deutschen Reichsbahngesellschaft gewandt. Auf die Antwort kann man mit Recht gespannt sein.

Rehraus im bayerischen Landtag.

Was die Regierung Held noch zu erledigen hat.

München, 16. September. (Eigenbericht.)

Im Oktober tritt der bayerische Landtag zu seiner letzten Session vor den Neuwahlen zusammen. Was er noch zu erledigen hat, ist gerade für den Wahlkampf von besonderer Bedeutung.

Im Vordergrund steht der Wechsel der Staatsvereinsführung, den die Regierung Held nach mehrmaliger Prolongation nun endlich einzuführen hat. Sie hat zwar durch ihre untertänige Mehrheit im Landtag formal eine weitgehende Ausschaltung der Volksvertretung beschließen lassen, trotzdem wird es ihr aber nicht gelingen, die Verantwortung für das, was geschieht oder nicht geschieht, von den Schultern der Regierungsparteien wegzunehmen. Bereits in der nächsten Woche wird der ängstlich geheimgehaltene Vereinfachungsplan der Dreimännerkommission, der in den Sommermonaten die einzelnen Ministerien durchlaufen hat, den Ministerrat beschäftigen. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß der zur Begutachtung eingesetzte Sonderausschuß des Landtages dieses nun jahrelang gebrütete Ei der weißblauen Ordnungszelle schon Anfang Oktober zu begutachten haben wird. Soll die ganze Vereinfachungsaktion einen Sinn haben, so müßte sie Millionen einsparungen im schwindfächtigen bayerischen Staatshaushalt bringen. Das scheint aber keineswegs der Fall zu sein, denn der Kern des Regierungsplanes ist nichts anderes als eine Verfürgung des Instanzenzuges und zu diesem Zwecke eine Erweiterung der Zuständigkeit der äußeren Verwaltungsbehörden. Die wirkliche Aufhebung von Ämtern erfolgt nur in allerbescheidenstem Umfange und nur dort, wo die neuzeitliche Entwicklung von Verkehr und Wirtschaft die überlebten Verwaltungsbürokratien als geradezu mittelalterliche Institutionen erscheinen läßt. Das Hauptstück einer Einsparungspolitik in Bayern wäre aber die Aufhebung der absolut überflüssigen Kreisregierungen. Gerade das aber scheitert an den Parteinteressen der Bayerischen Volkspartei.

Dieser finanzielle Mißerfolg der Vereinfachungsaktion

ist auch eine Teilsursache des „flammenden“ Protestes, den der Reichsfinanzminister in der Frage der Befoldungserhöhung der

Beamten zu erwarten hat. Bayern verlangt, daß das Reich ihm die 65 Millionen, die für die Befoldungserhöhung der bayerischen Staatsbeamten notwendig sind, Jahr für Jahr ersetzen soll, eine Forderung, deren Erfüllung naturgemäß zu unabsehbaren Konsequenzen führen müßte. Dieser in Vorbereitung befindliche bayerische Protest wird jedenfalls eine der ersten Aufgaben sein, mit denen die Regierung Held den sterbenden Landtag beschäftigen wird. — Vorher aber wird noch der seit über drei Jahren eingeleitete außerordentliche Untersuchungsausschuß über die Vorgänge des 1. Mai 1923 bis zur Einsetzung Rahr's als Generalkommissar

„eine heikle aber politisch sehr bedeutsame Aufgabe

zu erfüllen haben. Dieser Ausschuß will bereits am 5. Oktober zusammentreten und die Zusammenhänge jener hochverräterischen Periode bayerischer Staatspolitik aufklären, deren Verdunkelung und Geheimhaltung der unentbehrlichste Ritt der bisherigen Regierungskoalition und ihrer Persönlichkeiten gewesen ist. Es ist ganz klar, daß einflußreiche Kräfte am Werke sind, um diesem Untersuchungsausschuß die Fingel so zu steuern, daß er seine Aufgabe nicht erfüllen kann und sie resigniert der historischen Wissenschaft späterer Generationen überläßt. Der Schlüssel zur Wahrhaftigkeit und zur Wiedergutmachung jener ungeheuerlichen Fehler und politischen Verbrechen liegt auch hier bei der Bayerischen Volkspartei. Nur wenn sie den Mut aufbringt, bei aller Würdigung außenpolitischer Belange ohne Rücksicht auf die Preisgabe heute noch an hervorragender Stelle stehender Persönlichkeiten der Ausföhrung endlich freie Bahn zu lassen, wird es möglich sein, den politischen Schlußstrich unter jene unheilvolle Periode bayerischer Geschichte machen zu können.

Kein Bruch Paris-Moskau.

Briand nimmt an der Kabinettsberatung teil.

Paris, 17. September.

Außenminister Briand ist in Paris eingetroffen, um an dem heute in Rambouillet stattfindenden Ministerrat teilzunehmen. Eine offiziöse Mitteilung besagt, es handle sich nur darum, eine Lösung in der Kowalski-Angelegenheit zu finden, doch sei der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland niemals in Aussicht genommen worden.

Gleichzeitig wird zu den jüngsten Erklärungen Litwinoffs in der Frage der russischen Kriegsschulden mitgeteilt, daß die russischen Unterhändler bisher keinen bestimmten Vorschlag unterbreitet hätten. Man könne höchstens sagen, daß sie eine gewisse Mäßigung hinsichtlich der russischen Forderungen bei den jüngsten Besprechungen an den Tag gelegt hätten. Von einer Einigung in der Schuldenfrage könne aber keine Rede sein.

Neues Dawes-Schiedsabkommen.

Wegen der Gutschrift von Eigentumsliquidationen.

Das Schiedsgericht für die Auslegung des Sachverständigenplans hat in seinem Spruch vom 29. Januar d. J. die Frage der Anrechnung der von Deutschland wegen der Liquidation des deutschen Eigentums zu zahlenden Entschädigungen auf die Jahresleistungen verneint. In diesem Spruche ist aber darauf hingewiesen, daß die Frage offen bleibe, ob Gutschriften, welche Deutschland nach dem 1. September 1924 für den Wert des liquidierten Eigentums gegeben worden sind oder künftig gegeben werden, von den Jahresleistungen abzuziehen sind. Diese Frage und die im Zusammenhang hiermit stehenden Einzelfragen sollen nunmehr gelöst werden. Dadurch wird endgültig festgestellt werden, welche Möglichkeiten sich für eine Bereitstellung von Entschädigungsbeträgen aus den Jahresleistungen noch bieten. Demgemäß ist nunmehr ein Schiedsvertrag mit der Reparationskommission abgeschlossen worden, der das neue Schiedsverfahren vor dem Auslegungsschiedsgericht einleitet.

Museum der Dummheit.

Ein bescheidener Vorschlag.

Bringt man den echten Berliner vor die Sehenswürdigkeiten einer fremden Stadt, so ist zu wetten, daß er mit phlegmatischer Unberührtheit erklärt: „Det ha'm wa in Berlin ooch, bloß wille jroher!“ — Aber im Deutschen Museum zu München muß auch der größte Berliner Lokalpatriotismus verstummen. Das hat die Reichshauptstadt nicht, eine so gigantische, vollständige und anschauliche Uebersicht über die Entwicklung alles menschlichen Wissens und Könnens. Endlose Stunden durchwandert man Raum an Raum und sieht an Originalen und naturgetreuen Modellen, wie der Steinhammer des Wilden zum Kruppischen Dampfhammer emporschritt, wie aus dem primitiven Schmiedehammer der Malaien ein moderner Hochofen von 5000 Kubikmetern Fassungsvermögen entsteht, wie die Methoden des Bergbaues aus primitiven Anfängen zu maschinellen Höchstleistungen emporschritten, und unzählige andere.

Man kann das Ganze als ein Museum der menschlichen Intelligenz und der vorwärtstrebenden Klugheit bezeichnen. Es ist gewiß bedauerlich, daß Berlin dem nichts an die Seite zu stellen hat. Aber ich schlage nicht vor, bereits Geschaffenes geistlos zu kopieren. Doch bei der Besichtigung fiel mir auf, daß ein höchst notwendiges Gegenstück zu diesem Museum fehle: ein Museum der menschlichen Dummheit.

Ich rufe dazu auf, in der Reichshauptstadt an bequemer zugänglicher Stelle ein Museum der Dummheit zu errichten. Die Dimensionen für den Bauplatz bitte ich nicht zu gering abzustecken, denn ich bin gewiß, daß der gewaltige Umfang der Münchener Sammlungen nicht nur erreicht, sondern erheblich übertroffen werden wird.

Der Sinn soll folgender sein: Zeigt uns das Münchener Deutsche Museum, wie wir in Naturerkenntnis und Technik durch die Jahrtausende vorwärtsgeschritten sind, so möge das Deutsche Museum in Berlin, um uns vor Größenwahn zu bewahren, dem gegenüberstellen, wie der technisch emporgelommene Europäer des zwanzigsten Jahrhunderts auf unzähligen geistigen Gebieten bei der Primitivität seiner frühesten Vorfahren beharrt und jeden Fortschritt ablehnt.

Beispielsweise: Abteilung 1. Aberglauben. Man sieht eine Gruppe Wälder um einen Medizinmann hocken. Als Gegenstück eine westliche Berliner Dame, die im Automobil zur Kartenlegerin fährt, um sich von ihr wahrfragen zu lassen. In dieser Abteilung sollte auch naturgetreu die Bauernstube der wunderbaren Kesi von Kannerreuth Platz finden mit den Scharen der erschauernden Gläubigen, die aus aller Welt herbeigeströmt sind. An den Wänden hängen sämtliche Zeitungsartikel, einschließlic der sogenannten fortschrittlichen Presse, die mit stammender Ergriffenheit über die Phänomene einer schweren Hysterikerin berichten und sich den Kopf darüber zerbrechen, ob ein Mensch sieben Monate leben kann, ohne zu essen.

Eine Sonderabteilung bekommt das Hakenkreuz. Ludendorffs Vernichtung der Freimaurer wird allen Besuchern zugänglich gemacht, ebenso die Zahlenkabbalistik seiner Gattin, der geborenen von Kemnitz, die bewiesen hat, daß Ajuda den Weltkrieg 1914 angeleitet habe, weil die Quersumme aus 1+9+1+4 = 15 ist und 15 Jehova bedeute. An den Wänden wiederum sämtliche Zeitungsartikel der Jahre 1914 bis 1918, die in Ludendorff das politische Genie Deutschlands erblickten.

Besonderen Reiz verspricht eine Abteilung der politischen Richtentwicklung. Aus ihr geht hervor, daß bis 1914 die Deutschen trotz Dampfhammer und Hochofen auf politischem Gebiet sozugen immer noch mit Werkzeugen der Steinzeit gearbeitet haben. Als solche werden ausgestellt Herrenhäuser, mecklenburgische Ständekammer, preußisches Dreifasswahlrecht, sächsisches Pluralwahlrecht usw.

Soll man die Abteilung „Gottesgnadentum“ noch näher umschreiben? Welches gewaltige Material läßt sich hier allein um die Person unseres letzten Verflüchtigten gruppieren: Jeder Besucher erhält gratis die Kaiserreden, in drei Bänden bei Reclam erschienen. Besonders geeignete Ausstellungsobjekte: der Romintener Gedentstein für die fünfzigtausendste auf der Jagd erlegte Kreatur, der Beltfuser Roggen (wie Husarenlanzen), der hinausgeschmiffene Pächter von Cabinen, die Rückenplatte der Offiziersmütze, der halbrechtwinklische Mähengruß der Marine sowie sämtliche Gemälde Anton von Werners. Sondergruppen: Prinz Demela im Hotel Koffenhöfen, der Kronprinz erfindet Manschettentümpfe, Entel Hubertus als Ordnungsz der Bewölfe, Sisyphos Bierack schreibt Hermine Memoiren usw. usw.

Das sind nur ein paar Anregungen. Jedem, der über das Thema nachdenkt, wird noch Unendliches dazu einfallen. Ich fürchte nur, daß Berlin trotz Südgelände und Tempelhofer Feld keinen genügend großen Bauplatz für unser Museum aufweisen wird. Aber machen wir den Versuch. Bauen wir dies Museum der Dummheit und nennen wir es ruhig gleich seinem Münchener Pendant: Deutsches Museum.

Jonathan.

Sammlung der märkischen Volkslieder. Professor Dr. Lohre hat, wie er im Verein für Volkskunde in Berlin kürzlich berichtete, die märkischen Volkslieder zu sammeln begonnen, hauptsächlich das noch jetzt Lebende. Er verwendet Fragebogen — hierbei ist der Erfolg bisher nicht sehr groß gewesen; außerdem gehen geeignete Personen mit dem Phonographen aufs Land, um die Lieder einzufangen. Diesen Teil der Arbeit hat Oberschullehrer R. Lütze in Angriff genommen. Früheres enthält der Erf'sche Nachlaß in der Berliner Staatsbibliothek. Reizvoll ist die Untersuchung darüber, welche Orte wohl heute als liederreich angesehen werden könnten, wie es Erf z. B. mit Könnel bei Rheinsberg tat. Das von Erf seinerzeit als oft gesungen erwähnte Lied von den drei Töchtern des Markgrafen oder der armen Dienstmagd z. B. hat 1917 ein Wandervogel in der Gegend von Brandenburg an der Havel gefunden. Das vom treuen Knaben konnte 1914 eine Dienstmagd in Rauen. Also

auch Balladen sind noch erhalten, häufiger aber kurze Lieder, die zum Teil aus dem 18. Jahrhundert stammen: „Wo gehst du hin, du stolze“ ist beliebt. Gern wird auch gesungen: „Dort unten im Tale am rauschenden Bach“. Kinderlieder sind sehr zahlreich, ebenso Kinderräsel. Natürlich sind sehr viele Lieder recht gelungen. Dr. Kügler wies auf den Berliner Norden hin, namentlich auf den Wedding, wo junge Burshen am Spandauer Schiffschranal oft an Sommerabenden Volkslieder singen, freilich nicht immer garie.

Marco Polos Reisetage. Demnächst wird in Italien der authentische Text des berühmten Reisetagebuches erscheinen, das Marco Polo im Jahre 1298 verfaßt hat und das wegen der damals für übertrieben gehaltenen Zahlenangaben über die Reisenstädte Afrens den spöttischen Namen „Millione“ erhielt. Da man Marco Polo für einen phantastischen Schwärmer hielt, nannte man auch ihn selbst kurz „Meffer Millione“. Den Bericht über seine Reisen in Sien schrieb Marco Polo, während er in Genua im Gefängnis saß, in französischer, von venezianischen Dialektworten stark durchsetzter Sprache nieder. Dieser Originaltext wurde dann ins Lateinische überfetzt und in späteren Jahren so oft abgeschrieben und kommentiert, daß er zu einem riesigen Werk answach. Das schlimmste war aber, daß man die Originalstellen nicht mehr vom Zufall trennen konnte. Dem englischen Obersten Hule, der im Jahre 1870 eine Ausgabe von Marco Polos Werk veranstaltete, ist es zu verbaten, daß der Text geäubert und seiner ursprünglichen Gestalt angenähert wurde. Gleichwohl aber blieb noch viel zu tun, um hier reinen Tisch zu machen. Diese Revisionsarbeit will die neue Ausgabe leisten, die einen sicheren kritischen Text enthält, bei dessen Redaktion Hunderte von über ganz Europa zerstreuten Handschriften zu Rate gezogen worden sind.

Das erste antike Holzmöbel entdeckt. Unter den neuesten Entdeckungen, die bei den Ausgrabungen in der „Straße des Ueberflusses“ zu Pompeji gemacht wurden, befindet sich ein einzigartiger Fund, nämlich ein hölzerner Kleiderschrank, das erste hölzerne Möbelstück des Altertums, das man in guter Erhaltung ans Licht gebracht hat. Dieser 2000jährige Kleiderschrank stand an die Mauer des Atriums eines Hauses gelehnt. Außerdem fand man eine Apollostatue in archaischen Stil, die von großem künstlerischen Wert ist, und einen silbernen Becher, der mit Tritonen und Nereiden in erhabener Arbeit geziert ist. Die Gegenstände sollen nach Möglichkeit, soweit das für ihre Erhaltung zuträglich ist, an den ursprünglichen Stellen gelassen werden, an denen sie gefunden wurden.

Scheidemat Dr. Gruber, der Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaften, ist plötzlich an einem Herzschlag gestorben.

Erstausführungen der Woche. Mont. Rose. 1. h.: „Die Maschinenbauer von Berlin.“ Mitt. 1. h. des W. h.: „Eine Frau vom Format.“ Don. Schauspielhaus: „Rim von der Rastband.“ 2. h. d. 2. h. w. h.: „Galante Nacht.“ Freit. Neues Theater an 3. o.: „Exaltation.“ Zentr. 2. h.: „Die geschiedene Frau.“

Amerika auf Reisen. In diesem Jahre werden nach einer Schätzung des amerikanischen Handelsdepartements die Ausgaben der amerikanischen Touristen in Uebersee annähernd die Summe von einer Milliarde Dollar erreichen. An dieser Summe nehmen die europäischen Länder mit gut drei Fünfteln Anteil. Die amerikanische Touristik hat sich außerordentlich entwickelt; 1922 wurde die immerhin stattliche Summe von 360 Millionen Dollar ausgegeben, während für 1923 schon 660 Millionen Dollar geschätzt wurden.

Der franko-amerikanische Handelskonflikt.

Aussichten für Deutschland.

Zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ist, wie bereits gemeldet, ein Handelskonflikt ausgebrochen. Der Ursprung dazu liegt darin, daß Amerika sich durch Zollfestsetzung, die Deutschland in der Liste B des deutsch-französischen Handelsvertrages zugestanden erhielt, beschwert fühlt. Der amerikanische Standpunkt ist, daß die Vereinigten Staaten, die dreimal soviel Waren nach Frankreich ausführen als Frankreich nach Amerika, ein besonderes Entgegenkommen der französischen Regierung beanspruchen könnten. Frankreich will den Amerikanern wohl besondere Vorteile, wie sie Deutschland eingeräumt wurden, zugestehen, aber da Amerika unter den heutigen Umständen noch keinen vertraglichen Anspruch besitzt, könnten diese Zugeständnisse nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit gewährt werden. Demgegenüber stellen die Amerikaner fest, daß sie durch ihren starken Zolltarif gebunden seien und daher Frankreich keine differenzierten Zölle eintreiben können.

Amerika hat jetzt Frankreich ersucht, möglichst beschleunigt die Handelsvertragsverhandlungen einzuleiten, mit deren Beginn im Oktober gerechnet werden kann. Frankreich ist bereits jetzt den Vereinigten Staaten entgegengekommen und hat für die amerikanischen Waren, die nach dem französischen Generaltarif mit den vierfachen Zollsätzen gegenüber den Deutschland zugestandenen Tarifen belastet sind, die Zollsätze um 50 Proz. ermäßigt. Jedoch hat dieses Entgegenkommen die amerikanische Regierung noch nicht befriedigt.

Deutschland könnte es begrüßen, wenn es Frankreich gelingen sollte, die Amerikaner dahin zu bringen, sich von den gesetzlichen Bindungen des starren Zollsystems zu befreien. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag ist bekanntlich unter dem Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung abgeschlossen worden. Aus dieser Meistbegünstigung hat jedoch bisher Amerika allein Vorteile gezogen, da Deutschland durch das starre amerikanische System von den gleichen hohen Schutzzöllen betroffen wurde wie alle anderen Länder. Sollte es daher Frankreich gelingen, das starre amerikanische System auszulockern, so würde sich die von Amerika Deutschland zugestandene Meistbegünstigung bei der Einfuhr in Amerika automatisch zu Deutschlands Gunsten auswirken.

Das Ende einer politischen Laufbahn. Der Führer der Deutsch-Danziger Volkspartei, Abg. Dr. Blavier, wurde in der Berufungsinstanz wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft zu 1000 Gulden Geldstrafe verurteilt. Letzteres weil er in öffentlicher Versammlung der Staatsanwaltschaft Rechtsbeugung vorgeworfen hatte.

Wohnungszustände auf dem Lande.

Eine Arbeiterfamilie im Kartoffelkeller.

Vom Deutschen Landarbeiterverband geht uns eine Schilderung zu, die auf dörfliche Wohnungsverhältnisse ein grelles Licht wirft. Es handelt sich um Dinge, die sich nicht nur den Toren Berlins abspielen.

Auf dem im Kreis Teltow gelegenen Gut Schönfeld (an der Kleinbahn Neutölln-Mittenwalde), das ein Pächter Busse bewirtschaftet, wurde ein als Deputant beschäftigter Landarbeiter B. im vorigen Jahr entlassen. B. hatte seinen Dienstvertrag nicht innehalten können, weil seine Hofsänger sich anderwo lohnenere Arbeit suchten. Eine Klage vor der arbeitsgerichtlichen Spruchkammer der Kreise Teltow und Niederbarnim fiel zumungunsten des Landarbeiters aus, da er leider einen Einzeldienstvertrag unterzeichnet hatte. Danach strengte der Gutspächter Busse auch Klage beim Amtsgericht Neutölln an, und der Landarbeiter wurde zur Räumung seiner „Wohnung“ ohne Bestellung von Ersatzraum verurteilt. In der Hauptsache stützte sich das Amtsgericht auf das Urteil der arbeitsgerichtlichen Spruchkammer. Herr Busse ließ später das Urteil durch einen Gerichtsvollzieher vollstrecken. Er hatte aber als Gutsoorbeiter zugleich die Pflicht, für eine Kotunterkunft der Landarbeiterfamilie zu sorgen. Als Unterkunft wurde der Familie ein muffiger Keller angewiesen, der etwa zwei Meter unter der Erde liegt. Dieses Loch ist etwa drei Meter breit und vier Meter lang, die Fenster sind etwa 50 Zentimeter hoch. Der Raum hat früher einmal als Kartoffelkeller und dann zur Unterbringung von Schnittgeräten gedient. Seit nun schon drei Monaten wohnt in ihm die Familie, die aus dem Ehepaar und drei Kindern (im Alter von fünf Jahren, von vier Jahren und von fünf Monaten) besteht. In dem Keller tummeln sich Mäuse und große Käser, die in der Nacht den Schlafenden über Hände und Gesicht laufen. Auf Gattern ist das Vieh in Ställen untergebracht, die im Vergleich zu solchem Kellerloch als „Paläste“ bezeichnet werden müßten.

Es ist ein Skandal, daß derartige Zustände so nahe bei Berlin noch anzutreffen sind. Diese sogenannte Wohnung ist gesundheitsschädlich, aber die Familie wird hineingesteckt und mag leben, wie sie sich behält. Die Behandlung des Landarbeiters B. durch den Gutsoorbeiter ist auch ein Beitrag zur Landarbeiterfrage. Die Arbeitgeber aus der Landwirtschaft klagen bei jeder Gelegenheit über die Landflucht der Arbeiter und vor allen Dingen darüber, daß die Arbeitsfreudigkeit, wie sie behaupten, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Erfahrungen des Landarbeiters B. auf dem Gut Schönfeld tragen gewiß nicht dazu bei, die Landflucht einzubändigen und die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Die Herren Arbeitgeber mögen sich das gesagt sein lassen. An die Landarbeiter aber richten wir die Mahnung: Laßt euch auf keinen Einzeldienstvertrag ein, wenn er Bestimmungen enthält, die im Gegensatz zu den Bestimmungen des Kreisstarbeitervertrages stehen.

Ehrenabend für Agnes Fahrwald.

Im Berliner Ratskeller vereinte sich ein Kreis älterer Genossinnen zu einer schlichten, aber würdigen Geburtstagsfeier für unsere jetzt 73jährige Vorkämpferin Agnes Fahrwald. Der Raum war schier zu eng für die zahlreichen Gratulantinnen. Genossin Reichstagsabgeordnete Rothilde Wurm überbrachte die Wünsche des Bezirksvorstandes und zeichnete in treffender Rede ein Lebensbild von Agnes Fahrwald: Stolzer Kampesmut und froher Siegeswille — das sind die Grundzüge dieses Lebens. Genossin Fahrwald, die in erkaunlicher Frische an der Feier teilnahm, dankte mit launigen Worten für die vielen Ehrungen und bat scherzhaft, daß ihr achtzigster Geburtstag genau so froh gefeiert werden möge. Sie erzählte aus ihren Kämpfen mit Polizei und Staatsanwalt manch' ernstes Stück. Gefang. Rußk. heitere und ernste Kunst füllten den Abend aus. Die schöne Feier führte uns die Verdienste jener Genossen und Genossinnen vor Augen, die unheimlich ihrem Ziele zustrebten und den klaghaften Aufstieg der Arbeiterklasse selbstlos vorbereiten halfen. In diesem Sinne verkörpert Agnes Fahrwald eine Generation von Kämpfern, denen wir nur dadurch danken können, daß wir ihnen nachkämpfen.

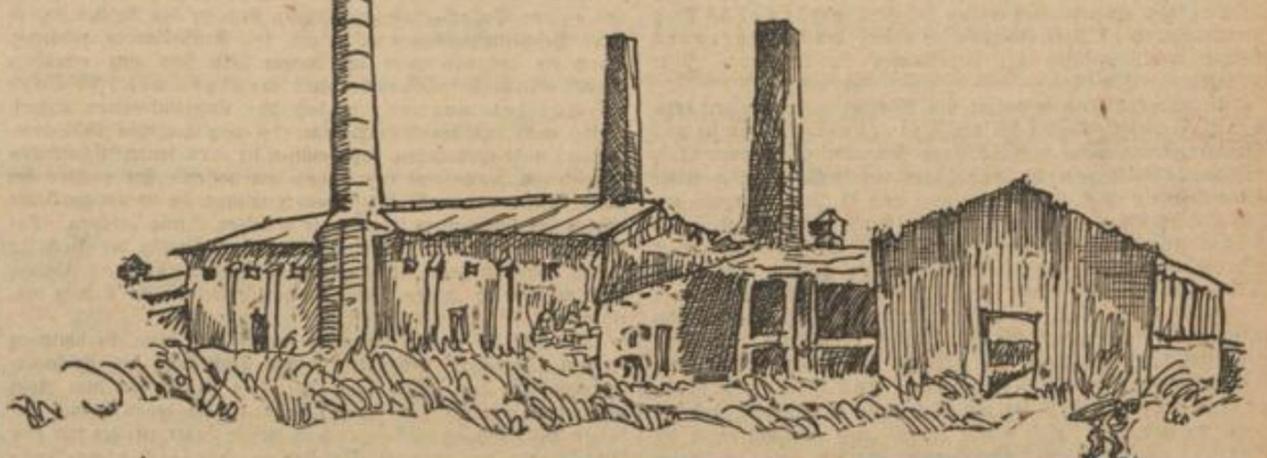
SPD-Sportler, 4. Kreis. Montag, den 19. September 1927, 20 Uhr (8 Uhr abends), Sitzung bei Hoffmann, Dyckerhoffstraße 8. Parteiausweis legitimiert.

Sprech-Chor für proletarische Feiertage. Die Mitglieder treffen sich morgen, Sonntag, 1/9 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Eingang Schiffbauerdamm.

Die „blaue Bude“.

An der Germaniastraße in Tempelhof liegt die Ruine einer Fabrik, die vor zwei Jahren erbaut, aber nie benutzt wurde. Vom Volksmund wird sie „blaue Bude“ genannt. Sie diente lange Zeit einer Zigeunerbande, die sich in den Kellerräumen niedergelassen hatte, als Unterschlupf. Auf dem schönen grünen Rasen im Hauptsaal der Fabrik konnten sie ihre Pferde weiden lassen. Nach dem Abzug der Zigeuner fanden sich andere Besucher ein; sie nahmen Dachpappe, Zinkbeschläge, Türfüllungen und brachten durch ihre Viehhäblichkeit die

„blaue Bude“ zu ihrem heutigen, trostlosen Aussehen. Nur der hohe, rote Schornstein und die blaue Paradedfront nach der Straße zu gibt dem Ganzen noch Schwung und Haltung. Wohl fanden sich findige Köpfe, die die weiträumigen Räumlichkeiten zu Autogaragen, zu achsfachen Verbands-Regelbahnen umgestalten wollten. Aber ihre Ideen konnten sie nicht verwirklichen. Dann erschien die Wohnungsbaugesellschaft „Landhilfe“ auf dem Plan, errichtete auf dem großen Grundstück, das die tote Fabrik umgibt, ein prächtiges Schild mit bunten Farben, die in lapidaren Sätzen verkünden: „Wir bauen hier Zwei-, Drei- und Vier-Zimmerwohnungen“, aber Interessenten mußte man später verfrachten, denn vorläufig verlange der Besitzer des Fabrikgrundstückes einen zu hohen Preis. Wie es heißt, soll die Fabrik zur Erzeugung von Porzellan, oder wie andere sagen, von Schmirgelscheiben gegründet worden sein. Dann habe der Besitzer seinen früheren Betrieb im Ruhrgebiet wieder aufgenommen und leiste sich den Luxus einer neuzeitlichen Fabrikruine, die allerdings weiter keinen Zweck verfolgte, als lichtscheuen Zeitgenossen als Unterschlupf zu dienen und die Umwohner mit diesem Glanzpunkt der ganzen Gegend zu ärgern. Der vorbeifahrende Fremde aber schüttelt ob der Wirtschaftlichkeit eines solchen Unternehmens in unserer so ganz auf „Rationalisierung“ eingestellten Zeit verwundert den Kopf.



Die „innere Stimme“.

Unter dem Einfluß der „Wahrsagerin“!

Im Moskauer Kriminalgericht, in dem gestern trotz Ende der Gerichtsferien eine völlige Stille herrschte, da sich der Uebergang zum ordnungsmäßigen Geschäftsplan nicht sehr bemerkbar machte, wird demnach sehr vor dem Schwurgericht des Landgerichts III ein psychologisch sehr interessanter Prozeß stattfinden.

Der Angeklagte, der den Ehemann seiner Geliebten durch Revolvererschüsse um das Leben brachte und deswegen des Totschlages beschuldigt ist, wird sich in diesem Prozeß durch die Angabe zu entlasten suchen, eine innere Stimme habe ihm unabweislich gesagt, er müsse diesen Mann umbringen, und von einer zu Rate gezogenen Wahrsagerin sei ihm dann der richtige Weg gezeigt worden, um die von ihm heißgeliebte Frau von ihrem Tyrannen zu befreien. Das angebliche Opfer dieser Wahrsagerin ist der 23jährige Arbeiter Reinard Walligora. Seinerzeit verkehrte er viel in dem Hause des Glasermeisters Glaser, wodurch er oft Zeuge von ihren ehelichen Zwistigkeiten wurde. Diese Streitereien lösten bei ihm großes Mitleid mit der Frau aus, die ihm wiederum Mitleid und Verständnis für seinen Sprachfehler entgegenbrachte, der ihm von anderen Leuten sehr häufig Redereien eintrug. Das so entstandene freundschaftliche Verhältnis ließ schließlich bei dem Ehemann einen gewissen Argwohn aufkommen, und er verbot deshalb dem Walligora das Haus. Damit nicht genug, stellte er die beiden, die bisher gegen die eheliche Treue nicht verstoßen hatten, eines Tages heftig zur Rede, und aus den als unberechtigter empfundene Vorwürfen entwickelte sich dann bei ihnen ein starker Haß gegen den Ehemann. Als das Ehepaar sich schließlich trennte, kam es tatsächlich zu einem intimen Liebesverhältnis zwischen Walligora und der Frau, die ihn bald völlig im Bann hatte. Sein Ehrgefühl trübte die Beziehungen jedoch und da er deshalb glaubte, daß die von ihm geliebte Frau sich lösen wolle, dachte er an einen Selbstmord. Bevor er sich jedoch das Leben nahm, wollte er noch einmal den Ehemann zur Rede stellen. Da er mit einem Rate Bedenken hatte, wie die Auseinandersetzung verlaufen würde, ging er zu einer Wahrsagerin, um sie darüber zu befragen, ob Glaser sich scheiden lassen würde und er die Frau heiraten könnte. Die Elballe meinte ihm nun, daß seine Mutter in den nächsten Tagen sehr schwer erkranken und er selbst „einen Menschen töten“ würde. Als nun in den nächsten Tagen seine Mutter zufällig erkrankte, lehte sich der Gedanke, er würde einen Menschen töten, der nur der Ehemann Glaser für ihn sein konnte, so fest bei ihm, daß er ihn rasch ausführte. Walligora begab sich nun eines Morgens zu dem jetzt bei seiner Mutter wohnenden Glaser, drängte die ihm öffnende Mutter mit vorgehaltenem Revolver beiseite und stürzte an das Bett, in dem Glaser noch schlief. Dann gab er auf den Schlafenden mehrere Schüsse ab, an deren Folgen Glaser nach mehreren Tagen im Krankenhause starb. Er selbst stellte sich hierauf der Polizei. Ursprünglich wurde das Verfahren auf Grund dieser Umstände unter dem Gesichtspunkt des Mordes geführt. Die auf Veranlassung der Beteiligten vorgenommene Untersuchung des Geisteszustandes von Walligora ergab jedoch keine schwere geistige Minderwertigkeit und die Möglichkeit, daß er nur durch den Einfluß der Wahrsagerin zu der Tötung getrieben wurde. Deshalb wurde auch nur Anklage wegen Totschlages erhoben.

Auto auf dem Bürgersteig.

Ein Automobilunfall, der nur durch einen Zufall noch verhältnismäßig glimpflich abgelaufen ist, trug sich gestern um 23 1/2 Uhr am Tempelhofer Ufer zu. Der Chauffeur eines Lastkraftwagens verlor beim Einbiegen in das Tempelhofer Ufer infolge zu hoher Geschwindigkeit die Gewalt über die Lenkung, fuhr gegen einen Straßenbahnmast und landete schließlich in dem Boraarten des Grundstücks Tempelhofer Ufer 37. Der eiserne Gartenzaun wurde in einer Länge von 15 Metern umgerissen; der Lastkraftwagen wurde schwer beschädigt. Der Fahrer und ein Mitfahrer blieben wie durch ein Wunder unverletzt. Die Feuerwehr der Wache am Hasenpflanz erlosch bereits zwei Minuten später an der Unfallstelle und brachte mehrere Benzinfässer, die zwischen den Trümmern lagen, in Sicherheit. Da der Lastkraftwagen kein Verkehrshindernis bildete, wurde dieser erst in den heutigen Morgenstunden nach fast zweistündiger Arbeit geborgen. Kurz zuvor hatten noch mehrere Passanten die Unfallstelle passiert, um ein Haar wären sie von dem Lastkraftwagen erfasst worden.

Vor dem Hause Sedanstraße 76 zu Weihensee ereignete sich gestern ein tödlicher Straßenunfall. Beim Uebergang des Fahrdammes wurde der vierzigjährige Arbeiter Willi Bregel aus der Sedanstraße von einem Lastkraftwagen überfahren. B. trug schwere innere Verletzungen davon und mußte in bewußtlosem Zustande in das Weihenseeer Krankenhaus übergeführt werden, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Eifersuchtstragödie.

Die frühere Verlobte niedergestochen.

Eine Eifersuchtstragödie spielte sich gestern um 22 Uhr in der Arndtstraße ab. Die 27jährige Kontoristin Frieda Bade aus der Arndtstr. 16 war mit dem gleichaltrigen Klempner Paul Köhler aus dem Nachbarhause Nr. 18 verlobt. Das Mädchen wollte aber das Verlöbnis lösen und verlor wiederholt, Köhler auch den Ring zurückzugeben. K. war aber damit nicht einverstanden und wurde mehrmals bei seiner früheren Verlobten und deren Eltern vorstellig, ohne jedoch etwas zu erreichen. Gestern abend verlor er, sich dem Mädchen wieder zu nähern. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf K. plötzlich ein dolchartiges Messer hervorzog und auf die ihm gegenüberstehende blindlings einstach. Schwer verletzt brach das Mädchen zusammen. Passanten, die auf die Hilferufe herbeieilten, alarmierten das Ueberfallkommando, das für die Ueberführung der Schwerverletzten in das Urban-Krankenhaus sorgte, wo tiefe Messerwunden im Gesicht, an den Armen und Händen festgestellt wurden. Ihr Zustand ist ziemlich bedenklich. Der Täter war in der ersten Aufregung in seine Wohnung entkommen, wo er sich umkleidete und dann verschwand. Er konnte bisher noch nicht ergriffen werden. Mitteilungen über seinen Verbleib sind an die Kriminalpolizei beim Polizeiamt Kreuzberg zu richten.

Partei und Reichsbanner. In einer Mitgliederversammlung der 9. Abteilung sprach vor einigen Tagen Genosse Stellung über die Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Partei mit dem Reichsbanner. Zu der Besammlung war das Reichsbanner zahlreich erschienen. Der Referent gab in seinen Ausführungen einen Rückblick über die Arbeit im Dienste der Republik. Erst nachdem die Reichsbanner mit Terror die Bevölkerung zwangen, die Rechtsparteien zu wählen, war die Sozialdemokratische Partei mit der Gründung einer Schutztruppe der Republik einverstanden. Wenn das Reichsbanner nicht vorhanden wäre, so müßte es heute noch gegründet werden. In allen politischen Kämpfen hat das Reichsbanner auf der Seite der Parteien gekämpft, die für den sozialen Ausbau der Republik eintreten. Wir brauchen heute das Reichsbanner, um einmal eine wirksame Propaganda für die Republik in den Landbezirken durchzuführen, wo bisher wenig Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Das Endziel des Reichsbanners ist nicht die Republik schlechthin, sondern die soziale Republik. Um diese Aufbauarbeit am Stabe zu leisten, arbeiten Partei und Reichsbanner zusammen. In der sehr ausführlichen Diskussion sprachen Genossen, die bisher von der Reichsbannerbewegung nichts wußten, ihre Anerkennung über die Arbeit des Reichsbanners aus. Die Partei hatte den Erfolg, zehn Neuaufnahmen in dieser Versammlung machen zu können.

Gegen das Reichsschulgeß. Am Donnerstag veranstaltete die Sozialistische Arbeiterjugend, Werbebezirk Prenzlauer Berg, eine überfüllte öffentliche Kundgebung gegen das Reichsschulgeß des Bürgerblocks. Der Referent der Kundgebung, Genosse Faust, verstand es, in kurzen, treffenden Worten die Gefahren dieses Reichsschulgeßentwurfes aufzuzeigen. Er fand stürmische Zustimmung. Die Versammlung nahm dann einstimmig unter Beifall der Versammlung eine Entschließung an, die sich gegen den Entwurf richtete.

Ein Paket mit Büchern wurde am 17. September in dem Torortzug Rüdersdorf-Schlesischer Bahnhof, der früh 7,07 Uhr von Rüdersdorf abfährt, auf dem Schlesischen Bahnhof von einem Reisenden vergessen. Da als Finder nur ein Mitreisender, der den „Vorwärts“ las, in Betracht kommt, wird dieser gebeten, die Bücher bei Schenk, Berlin, Alexandrinenstraße 111, abzugeben.

Berlin-Moskau.

Im Moskauer internationalen Telephonamt fand am 16. September ein direktes Gespräch zwischen Moskau und Berlin statt. Moskau rief die Sowjetbotschaft in Berlin an. Es war eine gute Verständigung möglich.

Familiendrama im Riesengebirge.

Auf der böhmischen Seite des Riesengebirges, in Oberroschitz, hat sich am Sonnabend eine gräßliche Familientragödie abgespielt. Das Fabrikarbeiterhepaar Emil und Julie Cnge lebte seit langer Zeit in Streit, da die Frau sehr eifersüchtig ist. Als nach einem Streit in der Fabrik die Frau heimkam und ihren Mann noch nicht zu Hause fand, geriet sie in furchtbare Aufregung. Sie schickte ihre Mutter einzufahren und schloß sich mit ihren beiden Knaben im Alter von einem Jahr und vier Jahren ein. Dann ermordete sie ihre Kinder mit einem Rasiermesser. Die Frau ließ dann auf den Dachboden und wollte sich erhängen, wurde aber gestört. Darauf sprang sie in den Fabrikteich, fand aber auch hier den Tod. Denn wollte sie sich an einem Baum erhängen, wurde aber jetzt ebenfalls bemerkt und ins Krankenhaus gebracht.

